



ZUHAUSE ÜBERZEUGEN.

**Für mehr Solidarität in NRW.**  
Am 13. September wählen gehen.

Foto: Andrij Yelansky/shutterstock

## KOMMUNALWAHLEN 2020 – ZUHAUSE ÜBERZEUGEN

**D**ie Corona-Pandemie hat das Jahr 2020 auf den Kopf gestellt. Kitas und Schulen waren wochenlang geschlossen, Millionen Menschen mussten in Kurzarbeit gehen und auch der politische Betrieb wurde auf das Nötigste beschränkt. Zunächst war ungewiss, ob wir am 13. September wie geplant die Kommunalwahlen durchführen können. Jetzt steht fest: Die Kommunalwahlen finden statt. Aber es wird eine besondere Kommunalwahl sein. Nicht nur wegen der ungewohnten Hygienevorschriften in der Wahlkabine, sondern weil wir auch unseren Wahlkampf an die neue Situation anpassen müssen.

Unser NRW-weite Slogan für die Kommunalwahlen lautet: „Zuhause überzeugen“. Zuhause, das ist unsere Straße, unser Viertel, unsere Gemeinde. Zuhause ist das Lieblingscafé, der Spielplatz der Kinder, das Freibad und der Kiosk an der Ecke. Hier gehören wir hin. Hier fühlen wir uns heimisch. Das Wort „Zuhause“ ist durch die Corona-Krise nochmals stärker ins Bewusstsein gerückt. Denn für viele Menschen wurde das Zuhause noch mehr als zuvor der Dreh- und Angelpunkt ihres Lebens: durch Home-Office, Kinderbetreuung und den Verzicht auf vielerlei Aktivitäten außerhalb der eigenen vier Wände. Trotzdem bleibt das Zuhause für uns der Inbegriff von Zugehörigkeit, Zusammenhalt und Gemeinschaft.

Als Sozialdemokrat\*innen setzen wir uns dafür ein, dass dieses Zuhause für alle Menschen lebenswert ist: für Kinder und Jugendliche genauso wie für Senior\*innen, für Einheimische genauso wie für Zugezogene und Menschen mit internationaler Familiengeschichte und natürlich auch für Menschen mit finanziellen Sorgen, die Unterstützung und Solidarität

benötigen. Aber wie gelingt es, zuhause zu überzeugen? Wie bestreitet man in Zeiten von Corona einen gelingenden Wahlkampf mit Abstand? Und wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf unsere Städte und Gemeinden aus? Darüber haben wir mit vier Kandidatinnen und Kandidaten aus Westfalen, dem Niederrhein, dem Mittelrhein und aus Ostwestfalen-Lippe gesprochen.

### ÜBERZEUGENDE KANDIDATEN

**Markus Ramers** ist 33 Jahre alt und kandidiert als Landrat für den Kreis Euskirchen. Die Herausforderung könnte größer kaum sein: Im gesamten Kreis Euskirchen gibt es keinen einzigen SPD-Bürgermeister. Markus Ramers bewegt sich in tief-schwarzen Gefilden. Der Herausforderung sieht er jedoch gelassen entgegen: „Der Kreis Euskirchen ist mein Zuhause. Ich bin hier aufgewachsen und lebe

hier mit meiner Familie. Es gibt in unseren Städten und Dörfern einen großartigen Zusammenhalt, den ich stärken möchte. Die Menschen erkennen, wer sich ernsthaft für sie einsetzt. Und da ist ganz sicher nicht das Parteibuch entscheidend.“

Sein Rezept für gute Kommunalpolitik klingt ebenso simpel wie überzeugend:

**„Zuhören.  
Anpacken.  
Begeistern.“**



Foto ©: schott-fotografie

→ Die tiefe Verwurzelung in ihrer Heimat prägt auch die politische Arbeit von **Marion Weike**. Sie war 21 Jahre lang Bürgermeisterin von Werther. Nun kandidiert sie als Landrätin für den Kreis Gütersloh. Ihr ist es wichtig, für die Menschen jederzeit ein offenes Ohr zu haben. Bürgermeisterin oder Landrätin ist man nicht nur von 9 bis 17 Uhr. „Für mich ist meine Arbeit als Bürgermeisterin mehr als Broterwerb. Der häufig an mich gerichtete Satz beim Wocheneinkauf: Ich weiß, Sie haben frei, aber wo ich Sie gerade treffe, möchte ich ansprechen, dass... hat mich nie genervt und ich bin darauf immer gern eingegangen“, sagt Marion Weike. „Auch als Landrätin möchte ich eng im Austausch mit den Menschen im Kreis bleiben, denn für sie will ich meine Arbeit ja machen.“ Nur wer zuhört, erkennt die Probleme und kann nach Lösungen suchen. Für Marion Weike zahlt sich ihr Einsatz und der ihrer Kolleginnen und Kollegen aus: „Das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit kann ich in der Stadt bei jedem Spaziergang sehen. Das ist schon klasse.“

**Michael Hübner:**  
„Für diese Ziele müssen wir mutig investieren.“



Foto ©: Martin Steffen

Auch **Michael Hübner** hat in den vergangenen Jahren mit Zuversicht beobachtet, wie es in seiner Heimat, dem Ruhrgebiet, stetig bergauf ging. Seit 2010 sitzt er für die SPD im Landtag und kandidiert nun als Landrat für den Kreis Recklinghausen. „Im vergangenen Jahr waren im Ruhrgebiet so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie zuletzt 1976. Das Job-Wachstum war höher als im

Bundesschnitt.“ Doch das Jahr 2020 stellt das Ruhrgebiet nun erneut auf eine harte Probe: „Dann kam Corona. Und klar habe ich mir die Frage gestellt: Schaffen wir es im Ruhrgebiet, in dem selbst heute noch die Folgen vergangener Wirtschaftseinbrüche deutlich spürbar sind, nach der Corona-Krise wieder aufzustehen?“ Michael Hübner ist überzeugt: „Wenn wir gemeinsam anpacken, können wir auch gestärkt aus der Krise hervorgehen. Dafür müssen wir verändern, wie wir in unserer Region zusammenarbeiten. Wir brauchen keine großen Strukturreformen, wir brauchen ein gemeinsames Ziel. Das ist für mich das Ruhrgebiet von morgen: das Zentrum eines menschlicheren Gesundheits- und Sozialwesens. Europas Vorbild für eine neue, saubere Industrie. Mobil, nicht Region des Stillstands. Metropole der starken Städte. Für diese Ziele müssen wir mutig investieren.“

## DIE LAST MIT DEN ALTSCHULDEN

Investieren. Das ist ein Stichwort, bei dem viele Kommunalpolitiker\*innen blass um die Nase oder rot vor Wut werden. Denn die Städte und Gemeinden in NRW werden von einer unsagbaren Altschuldenlast erdrückt. 23 Milliarden Euro sind es in NRW. Mit 2,6 Milliarden Euro ist der Kreis Recklinghausen stark betroffen. Michael Hübner ist sich sicher, dass erst eine grundlegende Reform der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen das Problem lösen wird: „Auch wenn wir von jetzt auf gleich schuldenfrei wären, könnten die Städte im Kreis Recklinghausen noch nicht wirklich in die Zukunftsfelder unserer Region investieren. Dafür braucht es eine fairere Finanzverteilung zwischen Bund, Land und Städten. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, hätten wir endlich mehr Freiraum, unsere Städte zu echten Innovations-, Bildungs- und Wirtschaftsmotoren zu gestalten.“

Durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung haben die Kommunen zwar eine große Entlastung erhalten, aber das reicht vielen Kommunen nicht aus. Auch die Landesregierung ist in der Pflicht, weitere Hilfen beizusteuern. **Sabine Anemüller** ist amtierende Bürgermeisterin von Viersen und kandidiert erneut am 13. September bei den Kommunalwahlen. Sie hat eine klare Botschaft in Richtung Armin Laschet: „Ich bin sehr froh, dass die zugesagten finanziellen Hilfen vom Bund für die enormen corona-bedingten Gewerbesteuer-Ausfälle bei den Kommunen nunmehr

beschlossen worden sind. Doch jetzt kommt es weiterhin darauf an, dass auch die zugesagten Hilfen des Landes eingehalten werden. Denn gerade für Kommunen wie Viersen, die sich erst aus eigener Kraft aus der Haushaltssicherungsphase herausgearbeitet haben, wäre es fatal, wenn sie ohne eigenes Verschulden ihren Haushaltsausgleich nicht stabil halten können. Hier reichen keine Bilanzierungstricks, es braucht eine echte Erstattung der Mindereinnahmen.“ In Viersen stehen in den kommenden Jahren riesige Investitionen für den Ausbau der OGS-Angebote und der Kita-Plätze an. Diese dürfen nicht gefährdet werden. „Und wenn wir bei dem Thema Kita sind“, ergänzt Sabine Anemüller. „Den Einstieg in eine für alle Eltern kostenfreie Betreuung wünsche ich mir ebenfalls vom Land NRW sowie ein kostenfreies Mittagessen. Nicht nur in der Kita sondern in der ganzen Schulzeit.“

**Sabine Anemüller:**

„Die zugesagten Hilfen des Landes müssen eingehalten werden“



Foto ©: SPD Viersen

## WOHNEN, MOBILITÄT, SICHERHEIT

Die Altschulden sind ein wichtiges Thema bei den Kommunalwahlen. Aber natürlich geht es um noch viel mehr: nachhaltige Mobilität, Wohnraum, Freizeit und Kultur. Sozialdemokrat\*innen in NRW zeigen mit ihren Programmen, wie ein lebenswertes Zuhause auch in Zukunft aussehen kann und warum eine sozialdemokratische Handschrift in der Kommunalpolitik so wichtig ist. Marion Weike tritt gegen einen CDU-Landrat an, der seit 21 Jahren im Amt ist. Da ist es nicht nur endlich Zeit für eine Frau an der Spitze: „Es ist vor allem Zeit für einen Wechsel“, sagt Marion Weike. „Denn wir brauchen eine andere Ausrichtung in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Sicherheit. Klar ist, dass im Kreis Gütersloh mit wachsender Bevölkerungszahl der Bau von Sozialwohnungen forciert werden muss. Ich möchte mich als Landrätin dafür einsetzen, dass in den Wohnungsgesellschaften, an denen der Kreis selbst beteiligt ist, mehr im sozialen Wohnungsbau passiert. Und ich möchte, dass der Kreis Gütersloh als zuständige Behörde aktiv für den Bau von Sozialwohnungen wirbt.“

## WAHLKAMPF IN ZEITEN VON CORONA

An sozialdemokratischen Themen mangelt es nicht bei dieser Kommunalwahl. Die Frage bleibt, wie wir in Zeiten von Corona den Wahlkampf bestreiten. Vielleicht kann die Krise auch eine Chance sein, digitale Kommunikationskanäle endlich effektiv zu nutzen. Markus Ramers fühlt sich in den sozialen Netzwerken bereits zuhause. „Ich nutze soziale Medien seit vielen Jahren und versuche, immer authentisch zu sein. Alle Beiträge und Kommentare auf meinen Seiten stammen von mir selbst. Ich beantworte alle Fragen persönlich. Das ist manchmal anstrengend, aber gerade in Zeiten mit weniger persönlichen Gesprächen ist mir dies besonders wichtig.“ Aber auch jenseits von Instagram, Facebook und Co. bleiben uns zahlreiche Möglichkeiten, kreativ und engagiert in den Wahlkampf zu gehen: von mobilen Aktionen am Straßenrand, über die gute alte Wähler\*innen-Initiative bis zu TakeAways oder mobilen Litfaßsäulen. Bis zum 13. September werden wir Gas geben und die Menschen überzeugen, dass es sich zuhause am besten mit Sozialdemokrat\*innen in den Rathäusern lebt. ■

**Marion Weike:**  
„Für mich ist meine Arbeit als Bürgermeisterin mehr als Broterwerb.“



Foto ©: SPD Kreisverband Gütersloh

**AUSBRUCHS-DESASTER BEI TÖNNIES:****ARMIN LASCHET IST IN DER VERANTWORTUNG**

von Sebastian Hartmann



Der Corona-Ausbruch beim Fleischkonzern Tönnies ist ein komplettes Desaster. Mehr als 1500 positive Tests binnen weniger Tage, die gesamte Belegschaft in Quarantäne, mangelnde Kooperation der Firma mit den Behörden, eine zu lange untätige Landesregierung.

**F**irmenchef Tönnies und Regierungschef Laschet stehen beide in der Verantwortung. Beide haben gar nicht oder erst viel zu spät gehandelt. Das eigentliche Problem liegt in einem ausbeuterischen System, das nicht nur diesen massiven Ausbruch begünstigt hat, sondern auch die Rechte von Arbeitnehmer\*innen mit Füßen tritt. Tönnies höchstselbst hat die Ausbeutung in der Fleischindustrie mit Werkverträgen zu einem System etabliert. Zynische und rücksichtslose Arbeitsstrukturen werden für den Profit des Unternehmens in Kauf

genommen, zulasten der Gesundheit und des Lebens der bei ihm arbeitenden Menschen.

Für dieses Desaster muss es jetzt eine zivilrechtliche Haftung des Unternehmens geben. Wer gegen die Regeln verstößt, muss am Ende auch für die Zeche aufkommen. Wir werden mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dafür kämpfen, dass Tönnies dafür nicht mit Geld aus staatlichen Rettungsschirmen belohnt wird. Im Gegenteil. Wir müssen jedes Mittel prüfen, wie Tönnies für die Schäden in Haftung genommen werden kann.

Das Unternehmen hat in den vergangenen Jahren extrem viel Geld mit seinem ausbeuterischen System verdient.

Wir werden mit unserem Bundesarbeitsminister dieser Profitgier in der Fleischbranche einen Riegel vorschieben und die Werkverträge verbieten. Hier muss auch die Union endlich ihre Blockadehaltung aufgeben. Da ist ebenfalls Armin Laschet

als NRW-Ministerpräsident und Kandidat für den Unions-Bundesvorsitz gefordert. Er muss seine Partei auf Linie bringen und die Machenschaften in der Fleischindustrie stoppen.

Für Armin Laschet ist der Ausbruch bei Tönnies ein Mega-Gau und nicht nur eine weitere Panne in einer schier endlosen Kette seit Beginn der Corona-Krise. Es ist genau genommen das offensichtliche Scheitern seines laxen Regierens aus Wegdücken und Verantwortung abschieben. Seine Landesregierung ist zuständig für die Kontrollen in den Betrieben, die Unterstützung der Kreise und politisch für die mangelnde Wertschätzung von Arbeitnehmer\*innenrechten.

Der Fall Tönnies wäre vermeidbar gewesen. Deshalb muss sich diese Landesregierung jetzt viele Fragen gefallen lassen. Wir wollen wissen, wo sie war und warum nichts unternommen worden ist. Es werden heiße Wochen für Laschet und seine Regierung. ■



## LANDESPARTEITAG DER NRWSPD

Neuer Termin für den ordentlichen Landesparteitag der NRWSPD:

**14. November in Münster**



### IMPRESSUM

**Herausgeber** Nadja Lüders, SPD-Landesverband NRW  
Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf

**Redaktion** Yvonne Reißig, Astrid Mohr, Christiane Spittel,  
Sabrina van Genabith

**E-Mail** vorwaerts@nrwspd.de

**Internet** www.nrwspd.de

## DREI MAL KURZ UND KNAPP

mit **Tayfun Keltek**

Am 13. September finden nicht nur die Kommunalwahlen, sondern auch die Integrationsratswahlen statt. Wir haben mit dem Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW Tayfun Keltek über die Bedeutung der Integrationsräte gesprochen.

### **Du engagierst Dich seit den 1980er Jahren für die Rechte von Migrant\*innen. Welche Bedeutung haben die Integrationsräte für die Teilhabe von Migrant\*innen?**

Die 107 Integrationsräte in NRW sind für die politische Beteiligung der Menschen mit Migrationsgeschichte von grundlegender Bedeutung. Zum einen, weil Menschen ohne die deutsche oder eine europäische Staatsangehörigkeit von demokratischen Wahlen ausgeschlossen sind. Zum anderen, weil Migrant\*innen hier ihren politischen Willen artikulieren. Die politischen Interessen und Forderungen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte resultieren aus ihrer Lebenswirklichkeit und ihrer eigenen Perspektive. Sie sind diejenigen, für die eine potenzialorientierte Sicht auf Migrant\*innen von existenzieller Bedeutung ist. Sie sind diejenigen, die alltäglich mit Diskriminierung und Rassismus konfrontiert sind. Sie sind die Vertreter\*innen auch von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Senior\*innen mit Migrationshintergrund – und die Expert\*innen dafür, wo Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und auch die kulturell gerechte Versorgung von Kranken und alten Menschen ansetzen müssen.

### **In NRW haben rund 30 Prozent der Menschen ausländische Wurzeln. Trotzdem sind Migrant\*innen in vielen Bereichen unterrepräsentiert. Woran liegt das?**

Nach wie vor herrscht in unserer Gesellschaft eine Perspektive vor, die von der „Normalität“ einer homogenen Kultur und Sprache ausgeht. Die Menschen mit internationaler Familiengeschichte fühlen sich nicht angenommen. Der Teil ihrer selbst, der ihre Herkunftsidentität ausmacht, wird oftmals ausgeblendet oder im schlimmsten Fall herabgesetzt. Dies spiegelt sich beispielsweise in strukturellen Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Kitas und Schulen wider. Auch in Politik und Verwaltung sind Migrant\*innen unterrepräsentiert. Trotz der teilweise erfolgreichen Vorstöße der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, gibt es noch viel zu tun. Auch die Parteien zeigen sich nicht wirklich offen für Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Vielmehr scheint in den Parteien die Angst vorzuherrschen, Stimmen an rechtspopulistische Parteien wie die AfD zu verlieren. Vereinzelt greifen Politiker\*innen demokratischer Parteien gar Jargon und Inhalte der Rechtsextremen auf und befördern so die Spaltung unserer Gesellschaft.



Foto ©: Landesintegrationsrat NRW

### **Wir erleben ein beunruhigendes Erstarren des Rechtspopulismus. Auch rechtsradikale Hetze und Gewalt nehmen dramatisch zu. Wie schätzt Du die Lage für Migrant\*innen in Deutschland ein?**

Die Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind durch die rassistischen Anschläge in diesem Jahr stark verunsichert und haben Angst. Sie fühlen sich durch unseren Rechtsstaat nicht ausreichend geschützt. Wie schon in der Vergangenheit, hat man auch heute noch keinen adäquaten Umgang mit rechtsterroristischen Verbrechen gefunden. Zwar gibt es seitens der Politik Aussagen, die Trauer und Mitgefühl bekunden und es wird geplant, die Sicherheitsbehörden zu stärken; aber die Betroffenen werden nicht in ihren Rechten gestärkt. Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, es existiert nicht nur am rechten Rand. Daher sind Maßnahmen notwendig, die in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam zur Anwendung kommen. Zum einen muss endlich die schon erwähnte potenzialorientierte Sichtweise etabliert werden. Zum anderen ist dringend eine rechtliche und politische Gleichstellung notwendig. Auch brauchen wir in NRW ein Landesantidiskriminierungsgesetz wie es vor Kurzem in Berlin verabschiedet wurde. Besonders wichtig wäre auch eine generelle Hinnahme von Mehrstaatigkeit, also die doppelte Staatsbürgerschaft für alle Migrant\*innen. Das wäre ein ganz starkes Zeichen für die Akzeptanz der hier lebenden Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Eine weitere effektive und nachhaltige Maßnahme bestünde darin, das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen einzuführen. ■